

Antrag

der Abgeordneten Sandra Weeser, Alexander Graf Lambsdorff, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Christine Aschenberg-Dugnus, Nicola Beer, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), Britta Katharina Dassler, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Thomas Hacker, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Thomas L. Kemmerich, Daniela Kluckert, Konstantin Kuhle, Alexander Kulitz, Ulrich Lechte, Oliver Luksic, Till Mansmann, Judith Skudelny, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Deutschlandjahr in den USA – Gesellschaftliche Verbindungen stärken

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Seit Jahrzehnten sind Deutschland und die USA durch eine enge Freundschaft miteinander verbunden. Die deutsch-amerikanischen Beziehungen zeichnen sich durch ein starkes Fundament gemeinsamer Traditionen, Werte und Interessen aus. Um diese besondere Verbindung zu pflegen und die transatlantische Partnerschaft weiterzuentwickeln, organisiert das Auswärtige Amt, gemeinsam mit dem Goethe-Institut und dem Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. von Oktober 2018 bis Oktober 2019 ein Deutschlandjahr in den USA. Das Freundschaftsjahr steht unter dem Motto: „Wunderbar together“ und soll beide Länder zum Austausch über politische, wissenschaftliche, wirtschaftliche, kulturelle und gesellschaftliche Entwicklungen anregen. Zu diesem Zweck finden von der Ost- bis zur Westküste der USA verschiedene Veranstaltungen statt, die jeweils mit amerikanischen Partnern vor Ort entwickelt wurden. Vor allem sollen Menschen abseits der großen Metropolen durch die Initiative erreicht werden. Mit dem Begegnungsjahr ergibt sich die Chance, Deutschland in den USA sichtbarer werden zu lassen und auch globale Zukunftsthemen, wie Freiheit, Nachhaltigkeit und gegenseitige Verantwortung anzusprechen.

Gerade mit Blick auf die jüngsten Entwicklungen in den USA, ist es essentiell, den gemeinsamen Dialog auf vielfältigen Ebenen zu suchen. Die transatlantischen Beziehungen sind eines der großen friedensstiftenden Elemente in Europa und der Welt. Aus berechtigter Kritik an der Politik der neuen US-Regierung darf deshalb kein Antiamerikanismus werden. Verbindende Elemente lassen sich schließlich seit der Besiedlung durch die ersten europäischen Einwanderer auf dem späteren Staatsgebiet der USA feststellen. Die deutschen Einwanderer hatten einen großen Einfluss auf das kulturelle und gesellschaftliche Leben der USA. So brachten sie mit ihrer Ankunft im 17.

Jahrhundert viele Bräuche aus Deutschland mit. Die Tradition des geschmückten Weihnachtsbaums kam durch deutsche Familien ins Land. Der deutsche Ingenieur Johann August Röbling konstruierte die berühmte Brooklyn Bridge in New York City und viele deutschstämmige Amerikaner wie Henry John Heinz, Levi-Strauss oder William E. Boeing gründeten erfolgreiche US-Unternehmen. Jeder sechste Amerikaner führt seine Wurzeln auf deutsche Einwanderer zurück. Mit dem „German American Day“ würdigen die US-Bürger jedes Jahr am 6. Oktober den Beitrag der deutschen Einwanderer.

Die Einflüsse der USA haben die Vergangenheit Deutschlands ebenfalls maßgeblich geprägt. In der deutsch-amerikanischen Nachkriegsgeschichte war das Bild vom amerikanischen Kriegsgegner schwer belastet. Der Versand von CARE-Paketen und die Luftbrücke nach West-Berlin schafften Annäherung und Vertrauen. Amerikanische Alltagskultur hielt dann vor allem durch die Verbreitung von US-Musik und -Filmen Einzug in die Bundesrepublik Deutschland. Englischsprachige Radiosender wie RIAS Berlin förderten die Völkerverständigung. Deutsch ist nach Spanisch und Französisch die dritthäufigste Fremdsprache in den USA und an deutsch-englischsprachigen Immersionsschulen steigen die Schülerzahlen stetig. Die zahlreichen Goethe-Institute oder das im Juni 2018 eröffnete Thomas-Mann-Haus in Los Angeles unterstützen die Sprachenlernenden. Zahlreiche Stipendien und Abkommen fördern den Austausch zwischen deutschen und amerikanischen Schulen und Universitäten. Im Jahr 2017 nahmen über zehntausend deutsche Studierende die Möglichkeit wahr, in den USA zu studieren. Umgekehrt waren es über elftausend amerikanische Studierende an deutschen Hochschulen (www.iie.org/Research-and-Insights/Open-Doors/Data/US-Study-Abroad/). Auch Think Tanks wie der German Marshall Fund und Forschungsinstitute festigen durch gemeinsame Projekte, Wissenschaftler austausch und Fellowships die transatlantische Freundschaft. Laut des tourismuspolitischen Berichts der Bundesregierung kommt die drittgrößte Gruppe der Deutschland-Touristen aus den USA.

Auch wirtschaftlich sind Deutschland und die USA eng verknüpft. Zahlreiche amerikanische Marken eroberten Deutschland im Flug und sind nicht mehr aus dem Produktsortiment wegzudenken. Deutschland und die USA bilden gegenseitig wichtige Investitionsstandorte: Deutsche Unternehmen haben bis Ende 2016 fast 400 Mrd. USD in den USA investiert, US-Unternehmen über 100 Mrd. USD in Deutschland. Mit 674 000 Arbeitsplätzen sind deutsche Unternehmen der viertgrößte ausländische Arbeitgeber in den USA.

Die Grundlage dieser engen ökonomischen Partnerschaft liegt in der wirtschaftlichen Hilfe der USA durch den Marshall-Plan nach dem Zweiten Weltkrieg. Diese Kooperation ist keine Sache der Vergangenheit, sondern zukunftsgerichtet: Nach dem Transatlantic Business Barometer 2018 erwarten mehr als 80 % der US-amerikanischen Unternehmen in Deutschland und der deutschen Unternehmen in den USA einen Umsatzanstieg für 2018. 61 % der deutschen Unternehmen in den USA wollen ihre Aktivitäten ausbauen, das gleiche gilt für 70 % der US-amerikanischen Unternehmen in Deutschland. US-Unternehmen schätzen an Deutschland vor allem die Qualität der Mitarbeiter und das Potenzial als Absatzmarkt. Kritisch gesehen werden allerdings die hohen Energie- und Arbeitskosten sowie die mangelhafte Breitbandverfügbarkeit. Deutsche Unternehmen schätzen in den USA neben dem Potenzial als Absatzmarkt vor allem die Unternehmensbesteuerung und die Rahmenbedingungen für Start-ups und Unternehmertum. Auch der „German American Business Outlook 2018“ der deutsch-amerikanischen Handelskammern sieht viel Potential in den gemeinsamen Beziehungen: Zum ersten Mal seit Beginn der Befragung erwarten 100 % der befragten deutschen Unternehmen in den USA eine Ausweitung ihres Geschäfts. Die große ökonomische Aufgabe der nächsten Jahre besteht in der Verschmelzung von IT und Maschinenbau. Hier arbeitet das US-amerikanische „industrial internet Consortium“ seit 2016 eng mit der deutschen „Plattform Industrie 4.0“ zusammen, wodurch z. B.

einheitliche Standardisierungslösungen vorangetrieben werden sollen, wovon beide Volkswirtschaften profitieren können. Ebenso sind deutsche Unternehmen wichtige Partner für die Erschließung der US-Energieressourcen. Zu den Branchen, in denen die USA einen Handelsüberschuss aufweisen, gehört die Kunststoffindustrie. Hier sind deutsche Hersteller von Spezialmaschinen- und -ausrüstungen bedeutende Zulieferer.

Umgekehrt sind US-Unternehmen für die deutsche Wirtschaft unverzichtbare Partner bei der Digitalisierung in allen Bereichen: Informations- und Kommunikationstechnologie, Umbau des Energiesektors, innovative Automobilzulieferer und insgesamt die Entwicklung hin zur Industrie 4.0. Es liegt im Interesse beider Länder, hier eng zu kooperieren. Es muss das Interesse aller marktwirtschaftlich organisierten Demokratien sein, bei den innovativen Zukunftstechnologien den Wettbewerbsvorsprung zu verteidigen bzw. dort gezielt in Forschung und neue Technik zu investieren, wo wir noch Nachholbedarf haben und diese Technologien nicht staatskapitalistisch organisierten Ländern zu überlassen.

Die amerikanische Regierung steht in den nächsten Jahren vor der schwierigen Aufgabe, ein gesellschaftlich tiefgespaltenes Land zu einen. Deutschland sieht sich gemeinsam mit seinen europäischen Partnern mit den Krisen der Nachbarschaft konfrontiert. In diesen Zeiten schafft das durch unzählige geteilte Erfahrungen gestärkte Netzwerk zwischen beiden Ländern eine enge Verbindung. Das Deutschlandjahr ist eine Einladung zum gesellschaftlichen Dialog über Verbindendes und Trennendes. Gemeinsam mit den USA wollen wir die Herausforderungen einer globalisierten Welt auch zukünftig gemeinsam angehen und partnerschaftliche Lösungen entwickeln.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. bei unseren amerikanischen Partnern dafür zu werben, ein Amerika-Jahr in Deutschland zu initiieren;
2. strategische Partnerschaften zwischen deutschen und US-amerikanischen Unternehmen weiter zu unterstützen und dabei auch kleine und mittelständische Unternehmen in den Blick zu nehmen;
3. in den USA auf allen politischen Ebenen stärker dafür zu werben, dass offene Märkte und eine starke Wirtschaft Deutschland und den USA gleichermaßen nützen;
4. die deutsche Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik im Partnerland USA zu stärken und durch gezielte Fördermaßnahmen voranzubringen;
5. sich auch außerhalb des Deutschlandjahres für bilaterale Initiativen und Projekte, die den gesellschaftlichen Austausch gerade auch unter jungen Leuten fördern, einzusetzen, etwa für ein deutsch-amerikanisches Jugendparlament;
6. bessere Fördermöglichkeiten für Auslandsaufenthalte deutscher Schülerinnen und Schüler, Auszubildender und Studierender in den USA auszuloten;
7. die Mittel des Familienministeriums zugunsten der Stipendienvergabe der GIZ umzuschichten, um das Deutsch-Amerikanische Praktikantenprogramm mit einer deutlich geringeren Programmgebühr zu versehen;
8. den transatlantischen Mitarbeiteraustausch im Auszubildendenbereich und der beruflichen Fortbildung innerhalb von Unternehmen zu fördern;
9. im landwirtschaftlichen Bereich den Austausch von Jungbauern und Züchtern zu fördern;
10. das Deutschlandjahr zum Anlass zu nehmen, die Deutsche Welle als Auslandsrundfunk finanziell und personell so auszustatten, dass sie ihrem Anspruch eines qualitativ hochwertigen, objektiven, umfassenden und seriösen Programms gerecht werden kann;

11. das Ziel des Deutschlandjahrs, Begegnungen außerhalb der großen Metropolen zu schaffen, zum Anlass zu nehmen, eine dauerhafte deutsche Repräsentanz im Mittleren Westen zu etablieren, etwa durch ein Generalkonsulat in St. Louis oder Kansas City;
12. gemeinsame kulturelle Veranstaltungen mit der deutschen Botschaft in Washington und den deutschen Konsulaten und Goethe-Instituten zu initiieren, um ein umfassendes, aktuelles Deutschlandbild zu vermitteln, beispielsweise durch länderübergreifende Schülerwettbewerbe oder Projekte mit jeweils einem deutschen Bundesland und einem amerikanischen Bundesstaat als Partnerländer, um die Vielfalt der beiden Länder kennenzulernen;
13. weiterhin enge Kontakte zu den jüdischen Organisationen in den USA zu pflegen, um der geschichtlichen Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland gerecht zu werden.

Berlin, den 25. September 2018

Christian Lindner und Fraktion